



BST 21

**SCHÜLER UNION DEUTSCHLANDS
BUNDESSCHÜLERTAGUNG 2021**

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES:

DAS NEUE

GRUNDSATZPROGRAMM

Beschlussvorlage für die 50ste Bundesschülertagung 2021

1	Inhaltsverzeichnis:
2	
3	A. Die Grundlagen unseres Handelns
4	Unsere Grundwerte
5	Unsere Organisation
6	Unsere Ziele
7	
8	B. Unsere Forderungen an die Bildungspolitik in Deutschland
9	I. Bildungssystem
10	1. Föderalismus und Chancengleichheit
11	2. Individuelle Bildung
12	3. Lehramt und Lehrerbildung
13	II. Unterrichtsinhalte
14	1. Naturwissenschaften und Technik
15	2. Deutsch- und Fremdsprachenunterricht
16	3. Wirtschaft und Recht
17	4. Geschichte, Sozialkunde und Politik
18	5. Religion und Ethik
19	6. Sport, Gesundheit und Umweltschutz
20	7. Europäischer und internationaler Austausch
21	8. Medienkompetenzen
22	III. Digitalisierung
23	IV. Schülervertretung
24	V. Schulklima
25	VI. Inklusion und Integration
26	1. Inklusion von geistig und körperlich Behinderten
27	2. Integration von Flüchtlingen und Migranten
28	VII. Berufsschule und Ausbildung
29	VIII. Gesellschaftsjahr

30 Die Grundlagen unseres Handelns

31
32 Wir, die Landesverbände und der Bundesverband der Schüler Union Deutschlands, bekennen uns
33 mit diesem *Grundsatzprogramm* zu unseren gemeinsamen Werten und Zielen, auf deren Grundlage
34 wir, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, den bildungs- und schulpolitischen
35 Herausforderungen unserer Zeit entschlossen entgegentreten. Im Bestreben nach politischer
36 Teilhabe aller Schüler und Auszubildenden in Deutschland, verfolgen wir damit das Ziel, dass unser
37 politischer Wille und unsere Überzeugungen tragend, unsere Ideen und Forderungen wegweisend
38 sein werden für die Bildungspolitik Deutschlands.

39
40

41 Unsere Grundwerte

42
43 Die Schüler Union Deutschlands ist vom Willen getragen, den gesellschaftlichen Wandel positiv und
44 ausgleichend zu gestalten. In der Tradition des Konservatismus wollen wir ausgleichende Akzente
45 setzen: Freiheit und Verantwortung gegen Gleichmacherei und Einfalt; Moral und Werte gegen
46 Beliebigkeit; Nation, staatliche Ordnung und Frieden gegen anarchistische Utopien. Die
47 Identifikation mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und einem
48 friedlichen und vereinten Europa muss in der Identität des einzelnen Menschen einen priorisierten
49 Stellenwert genießen. Dies ist aus unserer Sicht unabdingbar für die Gestaltung der Zukunft unseres
50 Landes. Die Eigenverantwortung und die Entfaltung des Individuums, gemeinsam mit der
51 Bereitschaft einen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten, sind für die Schüler Union Deutschlands
52 fundamental für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem sind wir davon überzeugt,
53 dass die Assimilation an eine Leitkultur eine elementare Bedingung für die Teilhabe an der
54 Gesellschaft und die ständige gesellschaftliche Integration ist. Leitkultur bedeutet für uns die
55 Gesamtheit aller geschichtlicher, religiöser und kultureller Prägungen, welche von einer
56 überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft als Konsens getragen werden. Das Bekenntnis zur
57 Erinnerungskultur, die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte ist hierbei
58 entscheidend für die Ausprägung eines gesunden Nationalbewusstseins.

59
60 Der Ausgangspunkt allen politischen Handelns der Schüler Union Deutschlands ist im christlichen
61 Menschenbild verankert. Der Mensch, als Ebenbild Gottes, in seiner Individualität und Freiheit,
62 besitzt demnach, gleich welcher Herkunft, eine unverletzliche Würde. Die dem Wesen des Menschen
63 innewohnende Fehlbarkeit müssen wir annehmen – einer ungleichen Bewertung der
64 Menschenwürde, gar einer Herabwürdigung einzelner Menschen zu Objekten, müssen wir uns
65 entschlossen entgegenstellen: Leben darf niemals gegen anderes Leben abgewogen werden. Ebenso
66 erwächst daraus eine Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung. Die geschenkte Freiheit die
67 Erde als Lebensraum des Menschen zu nutzen muss mit der Verantwortung für die Erhaltung der
68 Natur und einen treuhänderischen Umgang mit diesem Lebensraum in Einklang gebracht werden.
69 Diese christliche Demut vor der Umwelt und der unantastbaren Würde jedes menschlichen Lebens
70 ist für unsere Politik leitend.

71
72 Wir stehen bedingungslos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik
73 Deutschland. Darunter sind insbesondere die unveräußerliche Menschenwürde sowie das
74 Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip zu verstehen, welche in unserer Verfassung unter ewigen
75 Schutz gestellt sind. Die Schüler Union Deutschlands sieht ein Bekenntnis zu diesen Werten der
76 Verfassung in der politischen Auseinandersetzung als alternativlos an. Jede Form des politischen

77 Extremismus und der politisch-motivierten Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir sind
78 davon überzeugt, dass eine Politik auf Kosten nachfolgender Generationen fatal wäre – gerade auch
79 zum Schutz und zur Weiterführung der herausragenden Lebens- und Aufbauleistungen älterer
80 Generationen. Wir sind stolz auf unsere Soziale Marktwirtschaft, welche mittlerweile als
81 europäisches Erfolgsmodell die Freiheit des Marktes mit einem starken Sozialstaat und einem hohen
82 Maß an Leistungsgerechtigkeit vereint. Das Grundgesetz gründet dieses Ansinnen auf dem Prinzip
83 der Subsidiarität, sodass staatliche Eingriffe immer ausschließlich dann erfolgen müssen, wenn diese
84 notwendig sind. Gleichzeitig verleiht es den Bürgern Freiheiten und Rechte, insbesondere nimmt es
85 aber auch den Staat in die Pflicht die Schwächeren und Hilfsbedürftigen der Gesellschaft zu
86 unterstützen. Nahezu alle Versuche alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen sind in der
87 ganzen Welt gescheitert, da sie entweder ineffektiv, ungerecht oder unmenschlich waren. Aus
88 diesem Grund ist es für uns Auftrag und Verpflichtung zugleich, für das Erfolgskonzept unserer
89 Verfassung einzustehen, es im Wandel der Zeit ständig weiterzuentwickeln und durch unsere Ideen
90 zu prägen.

91
92

93 **Unsere Organisation**

94

95 Die Schüler Union hat sich auf Bundesebene aus dem „Verband kritischer Schüler“, hervorgehend
96 am 2. Juli 1972, als Gegenentwurf zu den sich auf dem linken bis linksextremistischen Spektrum im
97 Kontext und Geiste der '68er-Bewegung gebildeten Schülervereinigungen, gegründet. Als
98 anfängliche Bewegung gegen den Linksruck unter Schülern und Lehrern, verstand sich die Schüler
99 Union in ihrer Gründungszeit als demokratische Alternative zum links-ideologischen Kampf für die
100 Systemüberwindung und zu sozialistischer Schülergruppierungen. Sie trat der Einflussnahme durch
101 nicht neutral unterrichtende, linke bis linksextremistische Lehrkräfte auf Schüler entschieden
102 entgegen. Die Schüler Union, die von einer einstigen Protestorganisation gegen den Links-Ruck an
103 deutschen Schulen immer mehr zu einer Interessensvertretung aller Schüler in Deutschland wurde,
104 leistet – damals wie heute – pragmatische Sacharbeit für die Schülerschaft und bringt sich aktiv im
105 bildungspolitischen Diskurs für ein besseres Bildungssystem im Bund genauso wie auf Stadt-, Kreis-
106 und Landesebene ein. Heutzutage ist sie die traditionsreichste und mitgliederstärkste politische
107 Schülerorganisation in ganz Deutschland.

108

109 Der Bundesverband, die Schüler Union Deutschlands, ist eine Arbeitsgemeinschaft der
110 Landesverbände der Schüler Union. Bedingt durch die starke föderale Prägung der Bildungs- und
111 Schulpolitik, aufgrund der Kulturhoheit der Länder, dient die Schüler Union Deutschlands, die
112 wiederum eine Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union Deutschlands ist, nur als Koordinationsorgan
113 der Landesverbände und unterstützt die untergliederten Verbände bei ihrer politischen Arbeit und
114 Organisation. Die Organe der Schüler Union Deutschlands sind die Bundesschülertagung (BST), der
115 Bundeskoordinationsausschuss (BKA) und der Bundesvorstand.

116

117 Die Landesverbände sind laut § 2 Abs. 3 der Satzung „in ihrer politischen und organisatorischen
118 Ebene vollkommen unabhängig, [...] haben jedoch die politischen Grundsätze der Schüler Union
119 Deutschlands gemäß dem *Grundsatzprogramm* zu vertreten“. Sie sind wiederum in Kreis-, Stadt- und
120 Ortsverbände sowie Schulgruppen unterteilt. Die Landesverbände kümmern sich um die
121 Untergliederungen vor Ort, unterstützen diese in ihrer Arbeit und bringen sich auf Landesebene in
122 bildungspolitische Debatten ein. Dadurch sind wir regional mit unseren Kreisverbänden und lokal
123 mit unseren Stadt- und Ortsverbänden sowie Schulgruppen präsent. Dort setzen wir uns nicht nur

LEITANTRAG: DAS NEUE GRUNDSATZPROGRAMM

124 für die Verbesserung der Schulpolitik vor Ort ein, sondern auch für weitere kommunale
125 Anliegen, wie etwa einen schülerfreundlichen und erschwinglichen ÖPNV, eine zeitgemäße und
126 nachhaltige Ausstattung der Schulen, moderne und umweltfreundliche Schulgebäude, Sporthallen
127 und Schwimmbäder sowie eine grundsätzlich kinder- und jugendfreundliche Infrastruktur.
128

129 In Gesprächen vor Ort, in Podiumsdiskussionen und anderen Veranstaltungsformaten soll den
130 Schülern ermöglicht werden, Mandatsträger aus der Kommunal-, Landes- und auch Bundespolitik
131 sowie weitere Persönlichkeiten und Institutionen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und
132 Gesellschaft zu treffen, ihre eigenen Forderungen zu artikulieren und ihre Erfahrungen in politische
133 Entscheidungsprozesse einzubringen.
134

135

136

Unsere Ziele

137

138 Wir wollen eine Bildungslandschaft, in der jeder seine eigenen Fähigkeiten und Talente bestmöglich
139 entfalten kann. Die Individualität jedes Einzelnen ist jedoch Chance und Herausforderung zugleich.
140 Es ist unser erklärtes Ziel, dass eine individuelle Förderung bestmöglich auf eine spätere berufliche
141 und wissenschaftliche Zukunft vorbereitet. Jeder Schüler soll in der für ihn am besten geeigneten
142 Geschwindigkeit mit den passenden Unterrichtsinhalten unterrichtet werden.
143

144

144 Der Leistungsgedanke sowie der Anspruch an sich selbst, seine Schullaufbahn erfolgreich
145 abschließen zu wollen, sollen besonders gefördert und belohnt werden. Nur mit Bildung auf
146 Spitzenniveau kann Deutschland in einer zunehmend globalisierten Welt seinen Platz an der
147 Weltspitze verteidigen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Bildungspolitik in allen 16
148 deutschen Bundesländern auf einheitlich hohem Niveau ist – regelmäßig ist ein Nord-Süd- bzw. Ost-
149 West-Gefälle erkennbar, welches für den Bildungsstandort Deutschland eine große Gefahr darstellt.
150 Es braucht eine einheitliche Linie in der Bildungspolitik, die sich an den Leistungsträgern und
151 erfolgreichen Modellen unter den Bildungssystemen orientiert. Ein Absenken des Bildungsniveaus
152 ist nicht hinzunehmen.
153

154

154 Ziel muss es sein, dass die Bundesrepublik Deutschland im europäischen und internationalen
155 Vergleich ein Bildungssystem der Zukunft vorweisen kann. Um mit der immer schneller werdenden
156 Entwicklung von Gesellschaft und Industrie, auch im Kontext der Globalisierung, mithalten zu
157 können, müssen bereits in der Schule die digitale und naturwissenschaftlich-technische Lehre, der
158 Nachhaltigkeitsgedanke, die Vereinigung von Ökonomie und Ökologie sowie der
159 Fremdsprachenunterricht viel stärker als bisher in den Lehrplänen aller Schulen und Stufen
160 verankert werden. Mit dem deutschen Bildungssystem wurde der erste Grundstein dafür gelegt,
161 dass das Label „Made in Germany“ weltweit einen einmaligen Spitzenruf genießt. Es ist von
162 fundamentaler Bedeutung – auch für die Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandortes –, dass
163 in den Schulen weiterhin grundlegende und zukunftsweisende Inhalte vermittelt werden, welche die
164 hiesige Schülerschaft dazu befähigen, auch weiterhin Deutschlands Spitzenplatz zu verteidigen.
165

166

166 Wir betrachten Schulen zudem als zentrale Orte der Charakterbildung und Identitätsstiftung.
167 Lehrer, Schulleiter und Bildungspolitiker müssen sich der enormen Verantwortung bewusst sein,
168 dass sie die Persönlichkeit, Moral und Werte der Schüler in Deutschland maßgeblich prägen. Für uns
169 ergibt sich daraus das Ziel, Schulen als Orte der geistigen Freiheit und Entwicklung, als Institutionen

170 der Wertevermittlung, in einem gemeinschaftlichen und lebensfreundlichen Umfeld
171 stetig weiterzuentwickeln.

172
173

174 **Unsere Forderungen an die Bildungspolitik in Deutschland**

175
176
177
178
179

Auf der Grundlage dieser Werte und Ziele stellen wir folgende Forderungen an die Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland:

180 **I. Bildungssystem**

181
182
183
184
185

Die grobe Strukturierung des Bildungssystems in Deutschland hat bereits enorme Auswirkungen auf die Bildungsqualität. Für ein leistungsorientiertes, sozial ausgewogenes und differenziertes Schulsystem fordern wir durchdachte und zukunftsweisende Grundvoraussetzungen:

186 **1. Föderalismus und Chancengleichheit**

187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197

Wir bekennen uns klar zum Prinzip des Bildungsföderalismus und fordern die Kulturhoheit der Länder zu bewahren. Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland verfolgt den Zweck, einer Gleichschaltung der Bildungssysteme beziehungsweise einer zentralistischen Volkserziehung, wie unter dem nationalsozialistischen Regime oder in der Deutschen Demokratischen Republik, präventiv entgegenzuwirken. Kulturelle und akademische Vielfalt sowie ein ausgeprägter Meinungspluralismus sind für uns schützenswerte Güter des Bildungsföderalismus. Darüber hinaus kann ein föderales System einen gewinnbringenden Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen. Zudem ist es möglich, in einer föderalen Kompetenzordnung auf lokale Geschehnisse, wie Naturkatastrophen oder Gesundheitskrisen, zielgerichteter zu reagieren.

Überall dort, wo der Föderalismus allerdings mehr Nachteile als Vorteile bietet und nicht zuletzt die bundesweite Chancengleichheit und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährdet sind, fordern wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Bundesländer um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und eine flächendeckend hohe Bildungsqualität zu gewährleisten. Dabei soll auch die Bundesregierung zur Koordinierung und finanziellen Unterstützung beteiligt werden können. Zu diesem Zweck fordern wir den Abschluss eines Staatsvertrages zwischen den Ländern und dem Bund, der für mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bildungssystemen und -abschlüssen der Länder sorgen soll. Alle Maßnahmen, die ergriffen werden, müssen am Ende jedoch das Ziel verfolgen, das Bildungsniveau in Deutschland insgesamt anzuheben. Eine Orientierung an den bildungspolitisch erfolgreichsten Bundesländern ist daher unabdingbar.

208
209
210
211
212
213
214
215
216

Wir halten es für richtig die Abiturprüfungen in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch deutschlandweit – nach einer angemessenen Übergangszeit – weitestgehend zu vereinheitlichen und dafür einen bundesweiten Aufgabenpool zu erstellen, der einerseits inhaltlich die Lehrpläne der Bundesländer berücksichtigt und andererseits das Leistungsniveau der Aufgaben im oberen Bereich ansiedelt. Darüber hinaus fordern wir die Angleichung der gymnasialen Oberstufe in Hinblick auf Kurssysteme, Wahlpflichten, Seminararbeiten und Prüfungsanforderungen. Wir befürworten Initiativen, wie den “DigitalPakt Schule”, welche die Bundesländer finanziell unterstützen sollen, größere bildungspolitische Herausforderungen zu meistern. Es muss allerdings sichergestellt

217 werden, dass die Vergabe der Gelder zielgerichtet, möglichst unbürokratisch und schnell
218 vonstattengeht.

219

220 **2. Individuelle Bildung**

221

222 Oberstes Ziel eines Bildungssystems muss es sein die Talente und Fähigkeiten der Schüler individuell
223 zu fördern, Leistungen und Arbeit fair zu bewerten und durch differenzierte Schul- und
224 Unterrichtsmodelle jedem eine vernünftige Ausbildungsperspektive zu bieten.

225

226 Daher fordern wir eine allgemeine Stärkung des differenzierten und leistungsorientierten
227 Schulsystems, sowohl vertikal durch eine durchlässige Mehrgliedrigkeit, als auch horizontal durch
228 vielfältige, fachspezifische Schultypen, etwa im humanistischen, technisch-naturwissenschaftlichen,
229 musisch-kulturwissenschaftlichen oder linguistischen Bereich. Jedes Bundesland muss, den
230 jeweiligen demographischen und gesellschaftlichen Umständen entsprechend, ein möglichst
231 vielfältiges und individuelles Bildungssystem anstreben. Gleichberechtigung sehen wir durch
232 Gesamtschulen und eine Gleichmacherei der Bildung nicht erreicht. Vielmehr muss sichergestellt
233 werden, dass in unseren Schulen alle Schüler gleichermaßen die beste, ihren individuellen Talenten
234 entsprechende Förderung erhalten. Gesamtschulen oder Einheitsschulen können unserer Ansicht
235 nach nur in strukturschwachen, beziehungsweise dünn besiedelten Gebieten pragmatisch sinnvoll
236 sein. Wir fordern daher die langfristige Realisierung bzw. Sicherstellung eines mehrgliedrigen,
237 bestenfalls dreigliedrigen Schulsystems in allen Bundesländern. Parallel dazu benötigen wir
238 deutschlandweit verbindliche Schulempfehlungen für die Auswahl der weiterführenden Schulform
239 durch die Grundschullehrer. Es ist nicht richtig, dass viele Eltern Kinder auf Schulen schicken, auf
240 denen sie nicht mit ihren Mitschülern mithalten können und dementsprechend unter einem
241 Leistungsdruck stehen, dem sie gar nicht gewachsen sind. Wenn Eltern mit der Schulempfehlung
242 nicht einverstanden sind, sollte das Kind an einem Prognoseunterricht teilnehmen können und
243 dadurch zusätzliche Selbstbestimmung erhalten.

244

245 Wir erachten Konfessionsschulen, genauso wie Realschulen, Wirtschaftsschulen, Berufsschulen oder
246 Fachoberschulen als große Bereicherung und Stärke des deutschen Bildungssystems. Wir fordern
247 ein Ende der Überhöhung der gymnasialen Ausbildung vor anderen Schulzweigen und sind davon
248 überzeugt, dass auch alternative Abschlüsse zum Abitur, beziehungsweise alternative Bildungswege
249 bis hin zum Abitur, dem Gymnasium gleichgestellt sind und auch als gleichwertig behandelt werden
250 müssen. Privatschulen genießen eine Daseinsberechtigung in Deutschland, soweit sie in ihrer
251 Qualität und ihren Lehrzielen, sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht
252 hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen.

253

254 **3. Lehramt und Lehrerbildung**

255

256 Die entscheidende Stütze unseres Bildungssystems sind die zahlreichen Lehrkräfte an unseren
257 Schulen. Die Bildungsqualität in Deutschland hängt maßgeblich von ihren Fachkenntnissen und
258 pädagogischen Kompetenzen ab. Ein Mangel an Lehrkräften oder eine schlechte pädagogische
259 Ausbildung ziehen demnach enorme Defizite nach sich.

260

261 Daher fordern wir eine praxisorientierte Lehrerbildung, bei der schon in den ersten beiden
262 Semestern, durch intensive, lange Praktika und kommunikationswissenschaftliche Seminare und
263 Übungen, wertvolle Praxiserfahrungen für die Unterrichtsgestaltung vermittelt werden sollen. Es ist
264 uns wichtig, dass Lehrkräfte schon direkt zu Beginn ihres Studiums lernen, was es heißt vor einer

LEITANTRAG: DAS NEUE GRUNDSATZPROGRAMM

265 Klasse zu unterrichten und immer wieder auch herausfordernden Situationen begegnen
266 zu müssen. Ebenso darf das Lehramtsstudium aktuellen Entwicklungen, beispielsweise der
267 Digitalisierung des Unterrichts, nicht hinterherhinken.

268
269 Wir fordern darüber hinaus die flächendeckende Verbeamtung aller Lehrkräfte in ganz Deutschland.
270 Quereinsteiger aus der Wirtschaft oder der Wissenschaft können unser Bildungssystem auf
271 vielfältige Art und Weise bereichern. Um die Qualität des Lehrkörpers allerdings berechenbar und
272 langfristig zu sichern, dürfen sie nicht zu viele werden. In den Fächern, in denen ein größerer Mangel
273 an geeigneten Lehrkräften herrscht, insbesondere in den MINT-Fächern, sollte eine attraktivere
274 Vergütung in Aussicht gestellt werden. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs sollten
275 auch Stipendien an Lehramtsstudenten vergeben werden, die sich dazu verpflichten, in dem
276 Bundesland, in dem sie ausgebildet werden, zu bleiben. Insgesamt fordern wir eine vorsorgliche
277 Planung der Studienplätze für Lehramtsstudenten, gemessen an der demographischen Entwicklung,
278 um einen Mangel an Lehrkräften zu verhindern. Darüber hinaus sollte die Zahl der Lehrkräfte in den
279 nächsten Jahren insgesamt weiter erhöht werden, sodass flächendeckend kleinere Klassen und eine
280 individuelle Betreuung ermöglicht werden können. Dabei sollten auch die derzeitigen
281 Herausforderungen in der Besoldung von Lehrkräften beachtet werden. Eine attraktive,
282 leistungsgerechte und angemessene Vergütung hilft zweifelsohne, die Qualität des Unterrichts zu
283 verbessern. Wir unterstützen dahingehende Bestrebungen der Lehrerverbände und –
284 gewerkschaften ausdrücklich.

285
286

287 **II. Unterrichtsinhalte**

288
289 Das von uns geforderte differenzierte Schulsystem mit seiner individuellen Förderung und
290 zukunftsorientierten Schulbildung muss sich auch in den Unterrichtsinhalten und im Lehrplan
291 widerspiegeln, welcher auf die jeweilige Schulform ausgerichtet und insbesondere durch die
292 Qualität, weniger die Quantität der Schulfächer bestimmt werden muss:

293

294 **1. Naturwissenschaften und Technik**

295

296 Seit einigen Jahren macht sich in Deutschland mit steigender Tendenz ein erheblicher
297 Fachkräftemangel in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Berufen bemerkbar. Obwohl ein Drittel
298 aller Hochschulabschlüsse in diesem sowie dem mathematischen Bereich erworben werden,
299 herrscht auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein akuter Mangel an Ingenieuren und
300 Naturwissenschaftlern. Der Hauptgrund hierfür ist eine mangelnde naturwissenschaftliche
301 Förderung an den Schulen, obwohl wir auf herausragende Leistungen in den MINT-Fächern
302 angewiesen sind, um Entwicklung und Forschung in Deutschland voranzutreiben. Es ist wichtig die
303 Durchführung von Experimenten hervorzuheben, da somit naturwissenschaftliche Vorgänge
304 verständlicher erklärt werden. Hierfür fordern wir die Schulträger dazu auf, die erforderliche
305 Infrastruktur in Zukunft deutlich besser zur Verfügung zu stellen. Insbesondere der
306 Informatikunterricht muss dringend modernisiert und ausgeweitet werden. Ebenfalls müssen
307 naturwissenschaftliche Projekte in den Schulen an Bedeutung gewinnen. Generell muss in der
308 Öffentlichkeit mehr Bewusstsein für die Bedeutung der Naturwissenschaften bestehen; denn es ist
309 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, junge Menschen für die MINT-Fächer zu begeistern.

310

311 **2. Deutsch- und Fremdsprachenunterricht**

312

LEITANTRAG: DAS NEUE GRUNDSATZPROGRAMM

313 Als Schüler Union ist uns die Förderung der deutschen Sprache, unter Anschauung der
314 regionalen Besonderheiten und Dialekte, sehr wichtig. Wir erkennen, dass immer mehr Kinder in
315 Deutschland erhebliche Sprachdefizite aufweisen oder zum Zeitpunkt ihrer Einschulung gar kein
316 Deutsch sprechen. Da diese Mängel auch später nicht behoben werden, können sich mittlerweile
317 viele junge Menschen wenig eloquent bzw. schlecht ausdrücken, wenn sie die Schule verlassen.
318 Wir fordern daher, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass sich alle Kinder bereits zur
319 Einschulung auf einem ähnlichen Sprachniveau befinden. Für Kinder mit größeren Sprachdefiziten
320 muss daher eine Vorschule im Kindergarten bzw. ein besonderer Förderunterricht in der
321 Grundschule angeboten werden. Bei Lesekompetenzen landet Deutschland bei internationalen
322 Vergleichsstudien mittlerweile nur noch im Mittelfeld und nicht wie vor einigen Jahren noch auf den
323 oberen Plätzen. Diesem Negativtrend müssen wir, mit einem erhöhten Fokus auf Lesekompetenzen
324 im Unterricht, entschlossen entgegenzutreten. Anregende Diskussionen im Deutschunterricht sind
325 beispielsweise ideal, um das Textverständnis zu stärken. Zur Steigerung der Lesemotivation und
326 damit Schüler wieder Spaß am Lesen gewinnen, muss sich die Schullektüre auch an den sich
327 wandelnden Interessen der Schüler orientieren. Das Konzept „Schreiben nach Gehör“ im Unterricht
328 ist fatal gescheitert und daher aus den Lehrplänen restlos zu streichen. Die Lehre oder Verwendung
329 sogenannter „gendersgerechter Sprache“ lehnen wir grundsätzlich ab.
330 Den Fremdsprachenunterricht sehen wir an deutschen Schulen als bereits sehr gut gestaltet an. Um
331 ihn noch besser zu machen, fordern wir, dass die Vielfalt an Sprachunterricht erhöht und an die
332 aktuelle geopolitische Lage angepasst wird. So sollten an Schulen vermehrt auch Sprachen, wie
333 Mandarin, Japanisch oder Arabisch, unterrichtet werden. Um zudem das Miteinander und den
334 Austausch innerhalb von Europa zu stärken, sollte insbesondere das Angebot für europäische
335 Sprachen verbessert werden und auf die entsprechenden bestehenden Arbeitsgruppen, Kursen an
336 Hochschulen oder auch privaten Sprachschulen aufmerksam gemacht werden.

337

338 **3. Wirtschaft und Recht**

339

340 In vielen Bundesländern wird auf die Bereiche der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften kaum bis
341 gar keinen Wert gelegt. Wir fordern, dass derartige Lerninhalte überall in Deutschland und in allen
342 Schularten, etwa durch ein Unterrichtsfach „Wirtschaft und Recht“, spätestens ab der Mittelstufe
343 verpflichtend unterrichtet werden. Die Rechtswissenschaft, auch aufgrund ihrer enormen
344 Bedeutung für die staatliche Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sollte schon
345 früh in den Lehrplan Einzug halten. Dadurch werden Berührungsängste und Vorurteile gegenüber
346 diesem Themenbereich abgebaut und das Bewusstsein für juristische Sachverhalte und den
347 demokratischen Rechtsstaat gestärkt. Da ebenso die Wirtschaft ein entscheidender Faktor unserer
348 Gesellschaft ist, müssen Wirtschaft und Schule stärker verbunden werden. Die Schule muss
349 demnach auch für das spätere Arbeitsleben ausbilden. Dies ist nur möglich, wenn das Praxiswissen
350 der Wirtschaft eine wichtigere Rolle im Schulalltag einnimmt. Es ist uns wichtig, dass
351 Betriebsbesichtigungen oder Vorträge von Wirtschaft und Wissenschaft in den schulischen
352 Regelbetrieb eingebaut werden, um einen größeren Praxisbezug herzustellen. Um
353 Schülerengagement zu fördern und noch mehr Praxiswissen zu vermitteln, ist es essentiell, dass die
354 Möglichkeit besteht, Praktika zu verlängern oder ein zweites Praktikum zu absolvieren. Generell ist
355 es wichtig, dass die Schule ihre Schüler ermutigen soll sich für ihr gesellschaftliches Umfeld
356 einzusetzen und ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu fördern.

357

358 **4. Geschichte, Sozialkunde und Politik**

359

360 Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist für eine Bevölkerung sehr
361 wichtig – insbesondere in Deutschland. Damit die Erinnerungskultur aufrechterhalten werden kann,
362 muss im Geschichtsunterricht weiterhin ein großes Augenmerk auf den Holocaust, den Fall der
363 Weimarer Republik und den zweiten Weltkrieg gelegt werden. Jeder Schüler soll bis zu seinem
364 Abschluss eine KZ-Gedenkstätte und eine Gedenkstätte für die Opfer des DDR-Unrechts besucht
365 haben. Darüber hinaus sollte der Geschichtsunterricht stets auf die aktuellen geopolitischen
366 Begebenheiten hin angepasst werden. So sollte in Zukunft beispielsweise auch die Geschichte
367 Chinas und Ostasiens insgesamt eine größere Rolle spielen. Dies erhöht das Verständnis für
368 außereuropäische Kulturen und kann etwaigen Vorurteilen vorbeugen.

369 Wir setzen uns für einen neutralen und am Zeitgeschehen orientierten Politik- und
370 Sozialkundeunterricht ein. Ziel muss es sein, dass sich Schüler differenziert und kritisch mit
371 politischen Systemen, Meinungen und Ideologien auseinandersetzen können und dazu ermutigt
372 werden, selbst Antworten auf die gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit zu suchen.
373 Die Besuche des jeweiligen Landesparlaments, des Deutschen Bundestages und des Europäischen
374 Parlaments, sollten für die lebensnahe Vermittlung geschichtlicher und politikwissenschaftlicher
375 Inhalte im Unterricht angeboten und gefördert werden.

376

377 **5. Religion und Ethik**

378

379 Wir bekennen uns klar zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht an Schulen, hervorgehend
380 aus dem in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden staatskirchenrechtlichen
381 Kooperationsmodell. Wir betrachten unsere Schulen nicht als religionsfreie Orte. Die Kirchen, als
382 wichtige integrative Träger der Gesellschaft, arbeiten bei der Ausrichtung des Religionsunterrichts
383 eng mit dem Staat zusammen (res mixta). Wir halten dieses Konzept für richtig, da dadurch in der
384 Schule ein christliches Grundverständnis von Moral und Ethik vermittelt werden kann. Überall dort,
385 wo die Teilnahme am Religionsunterricht verweigert wird oder nicht möglich ist, muss der Staat ein
386 angemessenes Äquivalent, in Form eines bekenntnisfreien Ethikunterrichts, anbieten. Der
387 Ethikunterricht darf an Qualität nicht hinter dem Religionsunterricht zurückstehen.

388 Wir halten die Einführung eines Islamkundeunterrichts an staatlichen Schulen unter der Leitung von
389 in Deutschland ausgebildeten muslimischen Religionspädagogen für richtig und notwendig. Dieser
390 soll den muslimischen Schülern die verfassungskonforme Ausübung ihrer Religion nahe bringen und
391 gleichzeitig präventiv gegen islamistischen Extremismus im Jugendalter vorgehen. Da im Islam,
392 anders als im Christentum, keine eindeutig verfassten und abgrenzbaren Religionsgemeinschaften
393 existieren, muss bei der Gestaltung dieses Unterrichtsfaches eng mit verschiedensten Vertretern
394 der verfassungstreuen muslimischen Glaubensrichtungen in Deutschland zusammengearbeitet
395 werden. Generell fordern wir eine verstärkte Aufklärungsarbeit über religiöses Konfliktpotential im
396 Religionsunterricht bzw. seinen Ersatzfächern, zur Förderung eines konfliktfreien Zusammenseins
397 der Religionen. Ziel muss sein, dass Schüler selbst darüber entscheiden können, wie sie ihren
398 Glauben in ihre Lebensgestaltung mit einfließen lassen möchten, ohne dabei ihrer
399 Glaubensgemeinschaft streng unterworfen zu sein. Dies sollte, egal ob im christlichen, islamischen
400 oder jüdischen Religionsunterricht, auch klar kommuniziert werden.

401

402 **6. Sport, Gesundheit und Umweltschutz**

403

404 Der Sportunterricht ist existentiell für die Bildung der Schüler und stellt einen guten und absolut
405 notwendigen Ausgleich zum sonst sehr kopflastigen Fachunterricht dar. Ziel des Sportunterrichts ist
406 es, dass Kinder und Jugendliche Spaß am Sport entwickeln. Außerdem soll ihnen die Bedeutung von
407 sportlicher Betätigung für unsere Gesundheit vermittelt werden. Die Länge des Sportunterrichts

408 muss mindestens zwei Schulstunden betragen, da mit Umziehen und Aufbauen von
409 Sportgeräten immer ein beachtlicher Zeitverlust einhergeht. Abschließend muss, je nach
410 Interessensschwerpunkten und Fähigkeiten die Möglichkeit bestehen, im Abschlussjahr, bzw. am
411 Gymnasium mit dem Eintritt in das Kurssystem, seine Sportarten selbst zu wählen und sich zu
412 spezialisieren.

413 Häufig sind Kinder und Jugendliche nicht in der Lage ihr Essverhalten zu reflektieren und ernähren
414 sich unausgewogen und ungesund. Um optimale Leistungen zu erzielen und konzentriert zu
415 arbeiten, ist es aber essentiell sich ausgewogen zu ernähren. Kindern sollte frühestmöglich
416 „spielerisch“ der richtige Umgang mit Nahrungsmitteln beigebracht werden, wie zum Beispiel mit
417 „Junior Kochkursen“ im Kindergarten. Des Weiteren sollte der Inhalt „Gesunde Ernährung“ an einer
418 passenden Stelle in die Lehrpläne zum Fach Biologie in der Mittelstufe eingeführt werden. Sowohl
419 die Vermittlung eines kritischen Umganges mit Lebensmittelwerbung als auch das entsprechende
420 Angebot an preislich attraktiven Speisen in der Schulcafeteria ist wichtig.

421 Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Verschmutzung der Umwelt, ist es wichtig, in
422 Schulen die Herausforderungen der Klimaerwärmung zu vermitteln und aktiven Umweltschutz zu
423 betreiben. Bereits in der Grundschule sollen Kinder einen verantwortungsvollen Umgang mit der
424 Umwelt lernen. Der Geografie- bzw. Erdkundeunterricht muss zudem insgesamt auf das Thema der
425 Nachhaltigkeit, insbesondere der ökologischen Nachhaltigkeit, ausgerichtet werden. Darüber
426 hinaus müssen unsere Schulen zu Vorbildern des effizienten Wasser- und Energieverbrauchs
427 werden; der Müll muss an Schulen konsequent getrennt werden.

428

429 **7. Europäischer und internationaler Austausch**

430

431 Europa ist für uns alle von unschätzbarem Wert. Der Frieden zwischen den europäischen Völkern,
432 die Freundschaft untereinander, die Freizügigkeit aber auch die wirtschaftlichen Vorteile – all das
433 wird immer wieder als selbstverständlich angesehen. Der Schulunterricht muss Europa daher
434 inhaltlich, durch den Geschichts- oder Sozialkundeunterricht und durch das Fremdsprachenangebot
435 erfassen. Darüber hinaus muss man Europa auch erleben können; durch vermehrte Klassenfahrten
436 ins europäische Ausland oder durch gemeinsame Schüleraustauschprogramme. Das ERASMUS-
437 Programm, mit welchem Studenten aus Europa ein Stipendium erhalten, um im europäischen
438 Ausland zu studieren, muss unserer Ansicht nach auch auf Auszubildende ausgeweitet werden.

439 Das Kennenlernen fremder Kulturen oder das Benutzen von Fremdsprachen im Ausland ist ein
440 wichtiger Teil der Schulbildung. Unter diesen Gesichtspunkten ist es umso wichtiger nicht nur
441 Austauschprogramme nach Frankreich, Spanien, England oder in die USA anzubieten, sondern auch
442 nach Osteuropa. Wir fordern eine verstärkte Förderung der Deutsch-Osteuropäischen Schul- und
443 Städtepartnerschaften, um den innereuropäischen Integrationsprozess positiv zu unterstützen. Ziel
444 sollte es unserer Ansicht nach außerdem sein, dass mindestens ein Prozent der Schülerschaft an
445 einem Austauschprogramm mit dem Staat Israel teilnimmt.

446

447 **8. Medienkompetenzen**

448

449 Die Schüler Union Deutschlands setzt sich dafür ein, dass bundesweit bereits an Grundschulen
450 einmal pro Schuljahr ein für alle Grundschuljahrgänge verpflichtender eintägiger Kurs zum Thema
451 „Medienerziehung“ abgehalten wird. Im Rahmen dieser Kurse sollen die Schüler an den
452 verantwortungsvollen Umgang mit Medien, vor allem mit den sogenannten Sozialen Medien,
453 herangeführt werden. In Deutschland besitzen nahezu alle Haushalte Zugang zu diesen Medien. Das
454 Internet hält zunehmend in unterschiedlichsten Lebensbereichen Einzug und schon
455 Grundschul Kinder nutzen es vermehrt, um zu kommunizieren, sich Zugang zu Informationen in ihren

456 Interessensgebieten zu verschaffen oder um auf Videos, Musik und andere
457 Unterhaltungsprogramme zuzugreifen. Oft greifen Grundschul Kinder über Geräte der Eltern auf das
458 Internet zu, sie besitzen jedoch im zunehmenden Maße auch selbst schon Geräte wie Smartphones.
459 Spätestens im Alter von zehn bis elf Jahren ist fast jeder Jugendliche online; in dieser Altersgruppe
460 ist kaum noch jemand nicht im Umgang mit den neuen Medien erprobt. Die durch dieses
461 Mediennutzungsverhalten entstehenden erzieherischen Aufgaben sind vielfältig und oft auch nicht
462 im Bereich der elterlichen Erziehung möglich, da es diesen häufig an eigenen Erfahrungen und
463 Vermittlungskompetenzen in Bezug auf neue Medien mangelt. Aus diesem Grund halten wir es für
464 wichtig, schon an Kinder im Grundschulalter, professionell unterstützt, einen verantwortungsvollen
465 Umgang mit Medien heranzutragen.

466 Seit einigen Jahren offenbart sich eine gefährliche Fragilität in unserer demokratischen Gesellschaft,
467 die von der medialen, häufig manipulativen Verbreitung von sogenannten „Fake News“,
468 Falschaussagen oder Verschwörungstheorien herrührt. Wir müssen erkennen, dass sich die
469 Erklärungshoheit für Wahrheiten zunehmend weg von objektiv-wissenschaftlichen Aussagen zu
470 einer subjektiv-deklarierten Deutungshoheit meinungsmächtiger Gruppen oder Personen im
471 Internet verschiebt. Es ist unserer Ansicht nach entscheidend, für die Mündigkeit der jungen
472 Generation und den Fortbestand der Demokratie, dass diese komplexen Zusammenhänge in den
473 weiterführenden Schulen nach der Grundschule aufgeklärt werden und das Bewusstsein für das
474 Einordnen von „Fake News“ und Verschwörungstheorien im Internet geschärft wird. Wir fordern zu
475 diesem Zweck mehrere, über die Schulzeit verteilte, verpflichtende eintägige Seminare für alle
476 Schüler. Kernkompetenz unseres Bildungssystems ist es nämlich, Schüler zu weltoffenen und vor
477 allem kritischen jungen Menschen zu schulen, die Unwahrheiten erkennen, wenn sie darauf stoßen,
478 aber auch all denen entschlossen entgegenzutreten, die sie verbreiten.

479

480

481 **III. Digitalisierung**

482

483 Wir leben im Zeitalter großer Innovationen und großer Ideen, im Zeitalter rasenden Fortschritts. Die
484 zunehmende Digitalisierung ist dabei ein zentraler Bestandteil und Kern der Entwicklung. Daher ist
485 es unbedingt notwendig, die digitalen Kompetenzen der kommenden Generation zu fördern. Die
486 Wirtschaft und der Staat brauchen qualifizierte Arbeitskräfte; nicht nur um mit den globalen
487 Entwicklungen der Zukunft Schritt zu halten, sondern auch um sie zu prägen, zu fördern und nach
488 den Maßstäben der westlichen Wertegemeinschaft zu gestalten. Eine Förderung der medialen und
489 digitalen Kompetenzen durch die Familie ist erstrebenswert, jedoch nicht immer zu garantieren.
490 Deshalb muss die Schule ihrer pädagogischen Aufgabe der ständigen Gewährleistung von
491 Chancengleichheit konzeptbasiert nachkommen. Zur Findung eines allgemeingültigen, bundesweit
492 anwendbaren, Konzeptes der digitalen Bildungspolitik bedarf es einer allgemeinen ergebnisoffenen,
493 fortschrittsorientierten Diskussion. Wichtig ist uns dabei vor allem, dass eine ausreichende
494 schulinterne Infrastruktur finanziert und eingerichtet wird und unsere Lehrkräfte in ihren eigenen
495 medialen und digitalen Fähigkeiten soweit aus- bzw. weitergebildet werden, dass sie dazu in der
496 Lage sind, sowohl inhaltlich, als auch pädagogisch und wertorientiert ihren Unterricht im Bereich
497 der Digitalmediennutzung selbständig zu gestalten:

498

499 Die Schüler Union Deutschlands spricht sich für eine flächendeckende Digitalisierung an allen
500 Schulen aus. Ziel muss es sein, dass jeder Schulabgänger über die Gefahren des Internets aufgeklärt
501 ist, aber auch Grundzüge der Programmierung sowie logisches und algorithmisches Denken
502 versteht. Eine funktionierende, effiziente Infrastruktur muss geschaffen werden. Ausnahmslos jede

503 Bildungsanstalt muss eine Breitbandverbindung haben. Der reibungslose Ablauf des
504 Unterrichtes muss auch dann gewährleistet sein, wenn jede potentielle Schnittstelle genutzt wird.
505 Kommunen und Schulträger müssen weiterhin stark unterstützt werden, um regionale Differenzen
506 zu überwinden. Wir empfehlen zudem schnellstmöglich alle Schüler mit Tablets auszustatten. Beim
507 Neubau oder der Sanierung von Schulgebäuden muss eine erforderliche Infrastruktur,
508 beispielsweise Steckdosen und Internetleitungen, gewährleistet werden.

509
510 Lehrer müssen darüber hinaus flächendeckende Fort- und Weiterbildungen erhalten. Prinzipien der
511 Programmierung, Logik, aber auch Chancen und Risiken des Internets müssen zuerst den Lehrern
512 vermittelt und in den Lehrplan integriert werden, bevor sie beim Schüler ankommen. Außerdem
513 fordern wir, dass die Handyverbote in den Schulen zumindest übergangsweise gelockert werden. Es
514 ist ein nicht hinnehmbarer Zustand, dass die Schüler bessere Technik in ihren „Hosentaschen“
515 haben, als die Schule ihnen für den Unterricht zur Verfügung stellen kann.

516
517 Wir fordern die Entwicklung und Einführung einer Kommunikations- und Organisationsplattform für
518 die gesamte Schulgemeinschaft. Die Schüler könnten damit den Stundenplan oder die
519 Hausaufgaben einsehen, jederzeit eine Auflistung der jeweiligen Schulveranstaltungen abrufen und
520 ihre Arbeitsergebnisse hochladen. Eine solche „Schul-Cloud“ bzw. Kommunikationsplattform
521 erleichtert die Kommunikation zwischen Lehrer und Schüler und die Kommunikation der Schüler
522 untereinander, beispielsweise bei Gruppenarbeiten und gemeinsamen Projekten. Dafür könnte man
523 eine bundesweit einheitliche Website bzw. App gestalten lassen, die in allen Schulen in Deutschland
524 zur Anwendung kommt. Ein Account, mit allen notwendigen personenbezogenen Daten und
525 Zensuren, den ein Schüler zu Beginn seiner Schullaufbahn anlegt, könnte somit, auch bei einem
526 Schulwechsel oder gar einem Umzug in ein anderes Bundesland, bis zum Abschluss oder dem
527 Schulabgang weitergeführt werden. Dies erhöht die Durchlässigkeit in unserem Schulsystem und
528 erleichtert es Schülern, sich nach einem Wechsel in einer neuen Schule zurechtzufinden. Wir fordern
529 außerdem, dass an allen Schulen, insbesondere an denen größere schriftliche Arbeiten oder
530 Präsentationen erarbeitet werden müssen, ein Microsoft-Office-Paket oder ein vergleichbares
531 Angebot kostenlos für die notwendige Dauer zur Verfügung gestellt wird.

532
533 Wir begrüßen die Initiative der Bundesregierung mit dem „DigitalPakt Schule“ in die
534 flächendeckende Digitalisierung der Schulen zu investieren. Die kommenden Jahre werden
535 wegweisend sein für die digitale Zukunft des Bildungswesens. Bei zukünftigen derartigen
536 Finanzierungsprogrammen muss allerdings auch vermehrt darauf geachtet werden, dass die
537 Vergabe der Gelder schneller und möglichst unbürokratisch vonstattengeht. Die Mittel aus dem
538 „DigitalPakt Schule“ werden nur langsam abgerufen. Wir benötigen dringend schnellere
539 Vergabeverfahren, aber auch eine größere Bereitschaft der Verantwortlichen an den Schulen vor Ort
540 das Geld zielgerichtet und durchdacht einzusetzen. Gerade bei so einem globalen Phänomen ist die
541 Unterstützungsbereitschaft des Bundes gefragt. Für Änderungen des Grundgesetzes hin zu einer
542 Lockerung von Kooperationsverboten darf es keine Denkverbote geben. Eine komplette
543 Unterwanderung der Kulturhoheit der Länder ist aber weiter abzulehnen. An diesem Grundsatz wird
544 auch die aktuelle digitale Revolution nichts ändern. Insgesamt setzen wir uns für eine ausgeglichene
545 Zusammensetzung von digitalen und analogen Medien im Unterricht ein. Die Hand- und
546 insbesondere die Schreibrift sollen auch in Zukunft erhalten bleiben, ebenso wie die Arbeit und
547 das Lernen mit Papier. In Zeiten, in denen immer mehr digitalisiert wird, ist es wichtig, die
548 Persönlichkeitsbildung und das Lernen durch das Schreiben zu erhalten. Ein uraltes Kulturgut, so alt
549 wie die menschliche Zivilisation selbst, sollte nicht ohne weiteres zugunsten einer unreflektierten
550 Digitalisierung weichen müssen. Es ist wichtig, dass Digitales und Analoges nicht gegeneinander

551 ausgespielt werden. Beides ist möglich und soll sich gegenseitig ergänzen, da nur das
552 Beste von beidem unsere Bildung bereichern kann.

553

554

555 **IV. Schülervertretung**

556

557 Es ist uns als politische Schülerorganisation sehr wichtig, dass Schüler zur Teilhabe am
558 demokratischen Meinungsbildungsprozess befähigt und berechtigt sind. Nicht nur schulintern,
559 durch Klassen- und Schülersprecher, sondern auch auf kommunaler, Landes- und Bundesebene
560 müssen sie die Möglichkeit haben ihre Anliegen und Ideen vorzutragen und bei bildungspolitischen
561 Entscheidungen eingebunden zu werden. Wir setzen uns also nicht nur als Schüler Union für die
562 Schülerinteressen ein, sondern fordern auch, dass jeder Schüler selbst seine Interessen vertreten
563 kann, gleich welches Anliegen ihn antreibt:

564

565 Um die Arbeit von Schülervertretungen zu verbessern, sehen wir vor allem auch die Lehrkräfte in
566 der Pflicht sich für die Rechte der Schüler zu engagieren und für die schulinternen Wahlprozesse zu
567 begeistern. Wir fordern, dass die Schülersprecher in allen allgemein- und berufsbildenden Schulen
568 direkt gewählt werden. Gleichzeitig muss jeder Schüler das Recht haben, Informationen über die
569 Kandidaten zu erhalten. Um auch die Gleichbehandlung von Auszubildenden und
570 allgemeingebildeten Schülern zu garantieren, stehen wir auf regionaler, Landes- bzw. Bundesebene
571 für eine schulartenübergreifende Schülervertretung.

572

573 Ein zentraler Punkt unserer Forderung für eine wirksamere Vertretung der Schülerinteressen ist die
574 Schaffung einer gesetzlich verankerten Bundesschülervertretung nach föderalen Grundsätzen und
575 die damit verbundene Einrichtung eines Ansprechpartners für die Öffentlichkeit und Politik in Form
576 eines Bundesschülersprechers, welcher, zusammen mit seinen Stellvertretern, von einem
577 Bundesschülerparlament gewählt werden soll. Das Bundesschülerparlament soll einmal im Jahr
578 tagen und ist nicht mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattet, jedoch mit einem
579 umfangreichen Mandat in schüler- und bildungspolitischen Fragen. Es setzt sich aus Vertretern der
580 Bundesländer zusammen. Die Landesschülervertretungen sollen jeweils das Verfahren bestimmen,
581 nach dem sie ihre Vertreter in das Bundesschülerparlament entsenden. Die Kandidaten für das Amt
582 des Bundesschülersprechers müssen der Bundesschülervertretung angehören. Die
583 Bundesschülervertretung soll sich aus Mitgliedern der Landesschülervertretungen
584 zusammensetzen. Die Anzahl der Mitglieder pro Landesschülervertretung soll sich nach der Größe
585 der Schülerschaft des jeweiligen Bundeslandes richten. Die Bundesschülervertretung besitzt zum
586 einen die Möglichkeit an öffentlichen und politischen Debatten um schüler- und bildungspolitischen
587 Themen zu partizipieren, zum anderen aber auch die gesetzlich zugeschriebene Kompetenz, am
588 Rechtssetzungsverfahren auf Bundesebene teilzuhaben. Um ein solches Schülervertretungssystem
589 und entsprechende Grundsätze zur Etablierung zu sichern, ist es elementar, dass die
590 Kultusministerkonferenz (KMK) zu diesem Zweck einen Staatvertrag beschließt. Auf der anderen
591 Seite soll sie den Prozess aber auch kontrollieren können und dementsprechend eine Kommission
592 zur Kontrolle der Kompetenzabgrenzung der Schülervertretung auf Bundesebene einsetzen.

593

594 Neben der Neustrukturierung der Schülervertretung auf Bundesebene, fordern wir eine Stärkung
595 der Rechte von Jugendbeiräten bzw. Jugendparlamenten. Da nicht in jeder Stadt oder jedem
596 Landkreis ein Jugendparlament existiert, setzt sich die Schüler Union Deutschlands dafür ein, ein
597 solches an jedem kommunalpolitisch relevanten Standort in Deutschland zu etablieren. Denn
598 Jugendparlamente ermöglichen es sich politisch zu finden, eine eigene Meinung zu bilden und diese

599 auch vertreten zu können. Dabei ist es nicht unbedingt entscheidend, dass man Mitglied
600 einer politischen Jugendorganisation sein muss. Der Kontakt zu Politikern muss allerdings gepflegt
601 werden, um Jugendlichen einen Einblick in das politische Geschehen zu ermöglichen.
602 Jugendparlamente sollten nicht nur populärer werden. Ihre Mitglieder sollten zudem ein Antrags-
603 und Rederecht in kommunalen Bildungsausschüssen erhalten.

604

605

606 **V. Schulklima**

607

608 Ein wohltemperiertes Schulklima ist eine Grundvoraussetzung für den störungsfreien Lehrbetrieb,
609 ebenso wie für die freie persönliche Entwicklung jedes Schülers. Seit einigen Jahren sehen wir das
610 gesellschaftliche Klima an unseren Schulen zunehmend vor größere Herausforderungen gestellt. Die
611 Zahl sogenannter Brennpunktschulen, Amokläufe und Gewaltfälle sowie nahezu unmöglich
612 unterrichtbarer Schüler nimmt zu. Damit Schulen integrative Instanzen der Gesellschaft bleiben und
613 ihrer identitätsstiftenden und charakterbildenden Rolle nachkommen können, muss die
614 Bildungspolitik in Deutschland wieder mehr Sicherheit, Sauberkeit und ein friedliches Miteinander
615 im schulischen Bereich gewährleisten.

616

617 Wir fordern daher, dass an unseren Schulen Extremismus und Gewalt jeder Art vorbeugend und
618 kompromisslos an seinen Wurzeln bekämpft werden. Lehrer müssen sensibilisiert und besser
619 geschult werden, um bei extremistischer Gewalt, insbesondere bei Antisemitismus, Islamismus und
620 Rechts- sowie Linksextremismus, angemessen reagieren zu können. Darüber hinaus müssen an jeder
621 Schule, je nach Konfliktpotenzial, genügend Sozialarbeiter und Psychotherapeuten zur
622 Unterstützung der Lehrer bereitstehen. Das Schulpersonal sollte bei der Gewalt- und
623 Drogenprävention eng mit der Polizei kooperieren. Neben Präventionsprojekten gemeinsam mit
624 Polizeibeamten, sollten Schulen mit den Sicherheits- und Ordnungsbehörden bei der Beobachtung
625 und Überwachung von gewaltbereiten Jugendlichen, Schülern mit politisch-extremistischen
626 Gesinnungen oder Schulabbrechern enger zusammenarbeiten. Wir unterstützen darüber hinaus alle
627 Kampagnen und Veranstaltungen, die sich gegen Gewalt an Schulen richten. Wir fordern außerdem
628 bundesweite Offensiven und Investitionsprogramme für mehr Sauberkeit an Schulen, insbesondere
629 bei der Verbesserung der Hygiene in sanitären Anlagen und Cafeterien. Wir sind davon überzeugt,
630 dass sich ein sauberes und freundliches Umfeld direkt auf das soziale Verhalten in der
631 Schulgemeinschaft auswirkt.

632

633 Daneben dürfen die psychischen und sozialen Folgen von Mobbing nicht unterschätzt werden. Wir
634 fordern, dass alle Lehrer, Schüler und Schülervereiter über ihre Rechte und Pflichten in Fällen von
635 Mobbing und Gewalt aufgeklärt werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Schulleben
636 nicht nach Schulschluss endet. Auch außerhalb der Schule, insbesondere im Internet gibt es
637 Mobbing, Demütigungen und Beleidigungen unter Schülern. Das Schulpersonal muss durch
638 Fortbildungen ebenso für den Bereich des Cybermobbings sensibilisiert werden. Die Schüler müssen
639 aber auch untereinander aufeinander aufpassen. Deshalb braucht es in jedem Bundesland und in
640 allen Schulen mehrere Präventionstage zum Thema Mobbing und Extremismus.

641

642 Im Endeffekt ist die wirksamste Prävention eine starke Identitätsstiftung und intensive
643 Auseinandersetzung mit den verbindenden Werten unserer modernen, aufgeklärten und durch das
644 Christentum geprägten Gesellschaft, insbesondere mit den Werten von Menschenwürde,
645 Gleichbehandlung, Freiheit und Nächstenliebe. Schulleitungen und Lehrkörper müssen sich der
646 Verantwortung bewusst sein, dass sie einen nicht unerheblichen Beitrag zur charakterlichen,

LEITANTRAG: DAS NEUE GRUNDSATZPROGRAMM

647 persönlichen und politischen Bildung der Schüler leisten. Um die Bindung an die
648 nationale und europäische Wertegemeinschaft zu unterstützen, fordern wir eine dauerhafte
649 Beflaggung vor allen Schulgebäuden mit den Flaggen des jeweiligen Bundeslandes, der
650 Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Feiertage, wie etwa der Europatag, der
651 Tag der Deutschen Einheit oder der Tag der Deutsch-Französischen Freundschaft, sollten an Schulen
652 bewusster gefeiert werden.

653
654 Wir verstehen unsere Schulen als Orte der Religionsfreiheit, nicht aber als religionsfreie Orte. Die
655 Vielfalt unserer Bevölkerung muss sich in der Schulgemeinschaft widerspiegeln können. Pauschale
656 Neutralitätsgesetze, welche religiöse Symbole aus dem öffentlichen und schulischen Raum komplett
657 verdrängen wollen, lehnen wir daher ab. Nur bei erheblichen Gefahren für den Schulfrieden, sollte
658 es in Einzelfällen möglich sein ein derart pauschales Verbot von religiösen Symbolen zu verhängen.
659 Wir glauben, dass eine sichtbare Begegnung der unterschiedlichen Religionen und Kulturen in
660 Deutschland an Schulen stattfinden kann. Das Kreuz, als Zeichen jener Bereitschaft zur Toleranz,
661 Versöhnung und Nächstenliebe sollte dabei, als eine Einladung zum kulturellen Ideenaustausch, in
662 jedem Klassenzimmer seinen Platz finden.

663
664 Dem Kopftuchgebot für muslimische Frauen hingegen wird, neben seiner religiösen Verankerung,
665 insbesondere eine kulturelle Bedeutung zugeschrieben. Es ist unter anderem ein Symbol der
666 Ungleichbehandlung der Geschlechter und der Unterdrückung der Frau. Wir glauben, dass der Staat
667 hier seiner Schutzaufgabe nachkommen muss und fordern daher ein Kopftuchverbot an staatlichen
668 Schulen für alle Mädchen unter 14 Jahre, also bis zum Erwerb der Religionsmündigkeit.

669
670

671 **VI. Inklusion und Integration**

672

673 Wir glauben an das uneingeschränkte Recht auf gleichwertige Bildung für alle Menschen in
674 Deutschland. In diesem Sinne muss es ein besonderes Anliegen sein, diejenigen in unserem Land
675 miteinzubeziehen, denen es schwerfällt sich in Schulgemeinschaft und Gesellschaft einzufügen:

676

677 **1. Inklusion von geistig und körperlich Behinderten**

678

679 Die Schüler Union Deutschlands unterstützt die schulpädagogische Inklusion an den Regelschulen.
680 Die Aufgabe der Schule und des Staates muss es sein, Chancengerechtigkeit für alle herzustellen.
681 Um bereits jetzt bestmögliche Inklusion zu gewährleisten fordern wir, selbst bei einer nicht
682 einhundertprozentigen Besetzung der Stellen von Sonderpädagogen, eine vollständige
683 Unterstützung von Inklusionsbedürftigen an Regelschulen. Alle Bundesländer müssen die
684 vollständige Besetzung der Stellen mit Sonderpädagogen anstreben.

685

686 Mit der Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der
687 Vereinten Nationen im Jahre 2008 hat sich auch Deutschland bereit erklärt, ein inklusives
688 Erziehungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Menschen mit Behinderung
689 und Menschen ohne Behinderung gewährleistet ist. Ziel der Konvention ist die Schaffung gleicher
690 Zugänge zu allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie verbietet eine Diskriminierung von Menschen mit
691 Behinderungen in allen Lebensbereichen und garantiert ihnen ihre unveräußerlichen
692 Menschenrechte. Ausdrücklich genannt ist dabei auch das Recht auf Bildung. Die Schüler Union
693 Deutschlands setzt sich dafür ein, dieses garantierte Recht auf Bildung und selbstbestimmte
694 Lebensführung auch tatsächlich umzusetzen. Eltern behinderter Kinder muss es bundesweit möglich

695 sein grundsätzlich eigenständig zu entscheiden, ob ihr Kind eine allgemeine Schule oder
696 eine Förderschule besuchen soll. Diese Entscheidung ist einzig am Wohl des Kindes auszurichten.
697 Die Umsetzung der Konvention ist im schulischen Bereich nur schrittweise möglich, aber trotzdem
698 notwendig. Derzeit wird nur eine Minderheit aller behinderten Schüler an allgemeinen Schulen
699 unterrichtet. Dieser Anteil sollte im Sinne der Kinder und Jugendlichen zunehmend erhöht werden.
700 Zudem fordern wir einen Ausbau der Kooperationen zwischen allgemeinen Schulen und
701 Förderschulen, um so einen intensiveren Austausch und einen persönlichen Kontakt zwischen
702 Schülern mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen. Die Umsetzung der Konvention im
703 Bildungsbereich endet nicht mit dem Schulbesuch. Ein Ausbildungsplatz oder eine Anstellung auf
704 dem Arbeitsmarkt muss prinzipiell das Ziel für jeden Schüler sein. Gleichwohl ist klar, dass vor allem
705 mehrfach schwerstbehinderte Schüler weiterhin in Förderschulen unterrichtet und später in
706 beschützenden Einrichtungen und Werkstätten für Behinderte betreut werden müssen.

707

708 **2. Integration von Flüchtlingen und Migranten**

709

710 Spätestens seit der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 werden die Themen Migration und Integration in
711 der deutschen Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Wir sind stolz, dass Deutschland für viele Menschen
712 zur neuen Heimat geworden ist, in der sie und ihre Kinder selbstverständlich nicht nur Bürger
713 unseres Landes, sondern auch Unternehmer, Arbeitnehmer oder im Vereinsleben aktiv sind. Die
714 Schüler Union Deutschlands wünscht sich die bestmögliche Integration von Zuwanderern, die einen
715 legalen Aufenthaltsstatus haben und als Einwanderer in unserem Land ihren Beitrag leisten.
716 Gleichzeitig ist es Pflicht unseres Staates, nur temporär oder überhaupt nicht
717 Aufenthaltsberechtigten keine Integrationsperspektive zu geben, sondern konsequent und so
718 schnell wie möglich des Landes zu verweisen. Nur dann kann unsere Gesellschaft die
719 Integrationsaufgaben der nächsten Jahrzehnte stemmen und Einwanderer zu Bürgern unseres
720 Landes machen. Das Bildungswesen wird in diesem Zusammenhang vor große Herausforderungen
721 gestellt. Wir haben klare Vorstellungen wie Integration an deutschen Schulen gelingen kann:

722

723 Der wichtigste Schlüssel zur Integration ist die Sprache. Sie ermöglicht es Zugang zur Gemeinschaft
724 zu finden und die Unterrichtsinhalte aufzunehmen. Es ist wichtig, dass alle Schüler bereits zu Beginn
725 der Grundschule auf einem ähnlichen Stand ihrer Deutschkenntnisse sind. Kinder mit
726 Migrationshintergrund müssen daher eine besondere Sprachförderung durch eine verpflichtende
727 Vorschule vor der Einschulung erhalten. Dort wo auch noch in höheren Klassenstufen Sprachdefizite
728 auftreten, fordern wir einen verpflichtenden Deutsch-Förderunterricht in den Ferien. Außerdem
729 muss es eine Deutschpflicht, nicht nur im Unterricht, sondern im gesamten Schulleben geben, damit
730 diese Förderziele nicht unterwandert werden und sich keine „Migrantengruppen“ bilden oder
731 verfestigen. Wir möchten, dass Einwanderer parallel zum Erlernen der deutschen Sprache so schnell
732 wie möglich in das deutsche Schulsystem eingegliedert werden. „Flüchtlingsklassen“ mit Migranten
733 ohne geklärten Aufenthaltsstatus und ohne Bleibeperspektive lehnen wir ab und fordern
734 stattdessen, mehr Mittel für die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen bereitzustellen, damit
735 geklärt werden kann, ob eine Bleibeperspektive besteht oder nicht.

736

737 Integration bedeutet für die Schüler Union Deutschlands aktive Teilhabe in unserer offenen
738 Gesellschaft, anstatt Segmentierung und Parallelgesellschaft: Wir können keine Kompromisse mit
739 Schülern oder deren Eltern machen, wenn Zuwanderer nicht am Sport- oder Schwimmunterricht
740 teilnehmen, Lehrerinnen und Schulleiterinnen nicht die Hand geben und nicht als Gesprächspartner
741 akzeptieren oder Mitschülern ihre gesellschaftlichen Prägungen aufzwingen wollen.
742 Vollverschleierung, wie Niqab, Burka oder Burkini, ist das Gegenteil von Integration. Sie hat in

743 unserer freiheitlichen Gesellschaft nichts zu suchen und sollte daher in der Schule und
744 im öffentlichen Raum allgemein verboten werden.

745
746 Als Schüler Union Deutschlands wollen wir für jeden jungen Menschen gesellschaftlichen Aufstieg
747 durch Bildung ermöglichen. Schüler, deren Talent und Begabung zu Hause nicht gefördert oder
748 anerkannt wird, brauchen in der Schule Lehrer, die sie motivieren, beim Übergang von der Schule in
749 die Ausbildung oder ins Studium helfen oder auch mit den Eltern sprechen, wenn diese ihren Kindern
750 einen höheren Bildungsweg nicht ermöglichen wollen. Migrantquoten lehnt die Schüler Union
751 Deutschlands ab.

752
753 Der Austausch über Fluchtursachen und Migrationspolitik sollte fester Bestandteil des Unterrichts
754 sein. Weltweite Konflikte und Kriege, deutsche Außenpolitik und die deutsche Zuwanderungspolitik
755 sind Gegenstand einer andauernden, kontrovers geführten Debatte und sollte daher offen im
756 Unterricht geführt werden.

757

758

759 **VII. Berufsschule und Ausbildung**

760

761 Eine vernünftige Ausbildung ist die Grundlage für ein selbstständiges Leben. Das duale
762 Ausbildungssystem der Bundesrepublik ist einmalig und eine wesentliche Grundlage für unsere
763 internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deutsche Fachkräfte sind im Ausland gefragt wie nie und
764 zeichnen sich vielfach durch ihre fundierte Ausbildung aus. Dennoch bleibt die dringende Frage, wie
765 der Bedarf an Fachkräften gedeckt werden kann. Der aktuelle Trend bei Schulabsolventen lässt
766 oftmals ein Studium in den Vordergrund fallen. Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt
767 verschärfen diesen Trend. Die Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen stimmen häufig nicht
768 mit den Anforderungen der Betriebe überein. Die Diskrepanz zwischen Berufsangeboten und
769 Berufsinteressen der Jugendlichen sind viel zu hoch. Das Ergebnis sind tausende unbesetzte
770 Ausbildungsplätze. Die besonderen Angebote und Möglichkeiten der dualen Ausbildung müssen
771 durch Politik und Gesellschaft gestärkt werden. Die Schüler Union Deutschlands ist die Lobby der
772 Schüler, aber auch Lobby für Auszubildende. Aus diesem Hintergrund heraus ergeben sich folgende
773 Forderungen für die Gestaltung der Ausbildung im Bereich der Berufsschule, sowie des Betriebes:

774

775 Wir sehen es als unabdingbare Grundlage guter Ausbildung in Deutschland an, dass Betriebe,
776 öffentliche Verwaltung und Tarifpartner für genügend Ausbildungsplätze, eine leistungsgerechte
777 Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung sorgen. In
778 einer digitalisierten und globalisierten Welt sollte jeder Auszubildende eine grundlegende
779 Ausstattung besitzen. Jeder Auszubildende sollte zum Ausbildungsstart technische Endgeräte, wie
780 zum Beispiel einen Laptop oder ein Tablet erhalten. Diese Diskussion sollte so selbstverständlich
781 geführt werden wie bei Schülern an allgemeinbildenden Schulen. Wie auch in allgemeinen Schulen
782 müssen zeitnah Schulungen im Bereich Digitalisierung für Lehrkräfte stattfinden, um eine sinnvolle
783 Form des Unterrichts mithilfe von neuen Endgeräten zu gestalten.

784

785 Auszubildende sollen einen einheitlichen Anspruch auf Fahrgeld erhalten. Für kleine Unternehmen,
786 die die dadurch entstehenden Zusatzkosten nicht ohne weiteres stemmen können, müssen
787 Förderungen von Bund oder Land erfolgen. Das Fahrgeld sollte über eine Kilometerpauschale- oder
788 über das Erstaten der Tickets für den öffentlichen Nahverkehr abgerechnet und in regelmäßigen
789 Abständen an die Auszubildenden ausgezahlt werden. Auszubildende, die oftmals von einem
790 niedrigen Ausbildungsgehalt leben müssen, sollten vom Staat finanziell entlastet werden. Wir

791 fordern eine Steuerfreiheit für Auszubildende. So können Freiräume für junge
792 Erwachsene entstehen, um sich geeignetes Eigenkapital anzusparen und einen finanziellen
793 Handlungsspielraum zu ermöglichen.

794

795

796 **VIII. Gesellschaftsjahr**

797

798 Um der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und der Entfremdung einzelner Bevölkerungsteile
799 von demokratischen und solidarischen Werten und staatlichen Institutionen des kollektiven
800 Gemeinwesens entgegenzuwirken, fordern wir die Neuschöpfung eines verpflichtenden
801 Gesellschaftsdienstes nach der Schulzeit. Dieser Pflichtdienst ist keine bloße Rückkehr zur
802 Wehrpflicht – er soll jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten geben sich nach der Schule
803 beruflich und persönlich zu orientieren, sich intensiv mit den Werten von Demokratie,
804 Rechtsstaatlichkeit und Freiheit zu identifizieren und ihre Arbeitsleistung dem Sozialstaat und den
805 Schwachen und Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft zu widmen.

806

807 Um diese Ziele zu erreichen muss ein solches Gesellschaftsjahr vielfältig strukturiert sein. Die
808 Pflichtdienstleistenden sollen die freie Wahl zwischen den verschiedenen staatlichen und
809 gemeinnützigen Wirkungsbereichen haben – von der Deutschen Bundeswehr, dem Technischen
810 Hilfswerk, der Entwicklungs- und Flüchtlingshilfe und den Ordnungsbehörden bis hin zum Pflege-
811 und Sozialdienst, der pädagogischen Betreuung, dem Kultursektor, der öffentlichen Landschafts-
812 und Gartenpflege und dem Sanitätsdienst. Ebenso sollen die Kirchen und institutionalisierten
813 Religionsgemeinschaften, die ein ausgeprägtes Sozialwesen unterhalten, am Gesellschaftsjahr
814 teilhaben. Themen, die der Jugend besonders am Herzen liegen, wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz,
815 müssen bei der Gestaltung des Gesellschaftsjahres eine besondere Rolle spielen. Die zahlreichen,
816 bereits bestehenden Freiwilligendienste dienen für die Ausgestaltung des verpflichtenden
817 Gesellschaftsjahres als Grundlage. Insbesondere der europäische/ internationale Bezug
818 bestehender Entwicklungshilfe- und Austauschprogramme muss im Gesellschaftsjahr weiter
819 ausgebaut werden.

820

821 Neben der personellen Stärkung der staatlichen Einrichtungen und Organisationen, werden auch
822 die Bindung des Einzelnen an das Gemeinwesen und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt.
823 Die Bundeswehr beispielsweise würde ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft behaupten können.
824 Darüber hinaus würde im karitativen Bereich, beispielsweise in der Kranken- und Altenpflege, die
825 Verbindung der jungen Generation zu gesellschaftlichen Randgruppen und älteren Menschen
826 intensiviert werden. Gerade diese Vernetzung und Verflechtung in der Gesellschaft ist wiederum für
827 die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen von großem Wert. Es ist nämlich vor allem wichtig, dass
828 gerade die Pflichtdienstleistenden vom Gesellschaftsjahr profitieren. Der Pflichtdienst muss eine
829 gegenseitige Partnerschaft zwischen der Jugend und dem Staat sein, der beide Seiten gleichermaßen
830 etwas abgewinnen können. Zu empfehlen ist ein Punktesystem, was die Art und Dauer eines
831 Dienstes kategorisiert und unterschiedlich bewertet. Somit können die Pflichtdienstleistenden, je
832 nach Bemühen und Erfolg, Punkte für ihre Arbeit sammeln und im Gegenzug in den
833 Themenbereichen, in denen sie ihren Dienst leisten, Einstiegserleichterungen für
834 zugangsbeschränkte Studiengänge und andere Ausbildungswege erhalten. Der Staat hat im Übrigen
835 alle Kosten, die dem Pflichtdienstleistenden im Rahmen des Gesellschaftsjahres entstehen, zu
836 übernehmen.

837

LEITANTRAG: DAS NEUE GRUNDSATZPROGRAMM

838 Wir sind davon überzeugt, dass ein Gesellschaftsjahr nur in einer verpflichtenden Form
839 Bestand haben kann. Es ist gerade das Ziel diejenigen durch den Gesellschaftsdienst zu integrieren,
840 die sich unter normalen Umständen nicht von sich aus dazu entschließen würden ihre
841 Arbeitsleistung und Fähigkeiten dem Gemeinwesen zur Verfügung zu stellen. Ein stärkerer
842 gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nur dann erreicht werden, wenn ein gesamter Querschnitt
843 der Bevölkerung vom Gesellschaftsjahr erfasst wird. Schulabbrecher sollen dadurch beispielsweise
844 eine Chance erhalten sich neu zu orientieren. Jugendliche, die noch keine genaue Vorstellung von
845 ihrer beruflichen oder akademischen Zukunft haben, können außerhalb ihres gewohnten Umfeldes
846 gemeinsam mit Gleichaltrigen unterschiedlichster Herkunft und Hintergründe wertvolle praktische
847 Erfahrungen sammeln. All das kann nur dann erreicht werden, wenn das Gesellschaftsjahr für jeden
848 verpflichtend ist. Ein solches verpflichtendes Konzept ist rechtlich möglich, soweit – ähnlich wie bei
849 der Wehrpflicht – die Möglichkeit besteht, den Dienst zu verweigern und bestimmte
850 Ausnahmetatbestände eingerichtet werden. Diese Ausnahmetatbestände dürfen nicht nur bei
851 zwingenden physischen oder weltanschaulichen Barrieren einschlägig sein. Es muss ebenso die
852 Möglichkeit bestehen vom Pflichtdienst befreit zu werden, wenn man ein alternatives und
853 realistisches Konzept für seine berufliche Zukunft (Unternehmensgründung, u.Ä.) schlüssig
854 darlegen kann. Um all das zu realisieren, halten wir eine verfassungsrechtliche Verankerung der
855 Dienstpflicht für den richtigen Weg.